

B212: Initiative erhöht den Druck

Jetzt soll Petition Politiker wachrütteln

Von Ute Winsemann

Delmenhorst. In Sachen Neubau der Bundesstraße 212 will die Interessengemeinschaft (IG) B212-freies Deich- und Sandhausen kurz vor Ende des Raumordnungsverfahrens den politischen Druck erhöhen. Für Freitag wurde die Übergabe von Petitionen an Vertreter des Niedersächsischen Landtags und der Bremischen Bürgerschaft angekündigt.

Der Text soll erst am Freitag bekannt gegeben werden. Klar ist aber, dass die IG mit dieser offiziellen Bitte oder Beschwerde in Schriftform nicht zuletzt auf die von ihr ins Spiel gebrachte „Verkehrsoptimierte Nordvariante“ hinweisen will. „Wir haben in den vergangenen Wochen feststellen müssen, dass unser Vorschlag nicht ausreichend bekannt ist“, so Martin Clausen von der IG.

Selbst manch regionale Politiker wüssten kaum mehr, als dass die Variante am Schnittpunkt mit der Stedinger Landstraße auf Auf- und Abfahrten nach und von Bremen verzichte. Um in den Planungen, die aus Sicht der IG in einer Sackgasse stecken, weiterzukommen, gelte es aber, den Gesamtkomplex mit seinen nach IG-Meinung überwiegenden Vorteilen und auch einigen nicht verschwiegenen Nachteilen zu verstehen und abzuwägen.

Das laufende Raumordnungsverfahren

liege weitgehend in Händen der zuständigen Behörden. Dagegen zwingt die Petition nun auch die Politiker dazu, „sich mit der Variante detailliert auseinanderzusetzen“, meint Clausen. Denn die beiden Länderparlamente müssten nach den gesetzlichen Vorschriften am Ende eine begründete Stellungnahme zu der Petition abgeben.

Clausen blickt unter anderem nach Bremen, wo das für Delmenhorst und Ganderkesee so wichtige „Randthema längst abgehakt“ sei, und Richtung Wesermarsch, von wo meist Signale wie „baut das endlich fertig“ zu hören seien, egal auf welcher Trasse. Dabei berücksichtigten die Betroffenen nicht, dass die „Verkehrsoptimierte Nordvariante“ gerade auch ihnen entgegenkäme, weil sie technisch „problemlos in das Verfahren zu integrieren“ und weniger konfliktträchtig sei – also schneller umzusetzen.

Unterdessen dauert das Raumordnungsverfahren bereits länger als vorgesehen. Unter anderem habe die Ländergrenzen überschreitende Thematik für einen höheren Aufwand gesorgt, sagt der Leiter der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Oldenburg, Joachim Delfs. Zudem sollten noch die in Kürze vorliegenden Ergebnisse einer zusätzlichen verkehrswirtschaftlichen Untersuchung abgewartet werden. Er rechnet aber damit, dass das Verfahren im nächsten Monat abgeschlossen werde.